

Beobachtet DIE LINKE nicht nur, sondern durchschaut sie

Lange hatten wir nichts gehört von der Linken und das war auch gut so. Vorstandsquerelen, Fraktionskämpfe, Antisemiten in der Bundestagsfraktion, Auftritte bei linksextremistischen Konferenzen, das wurde irgendwann langweilig. Auch Galionsfigur Gregor Gysi, der schon länger den Kopf der SED-PDS-Linken gibt, als Erich Honecker die DDR regiert hat, ist längst nicht mehr so interessant wie früher. Selbst die gekonnt lancierte Lovestory von Oskar und der Betonkommunistin Sarah Wagenknecht waren nur wenige Tage in den Medien. Die Umfragewerte rutschten nach unten, der Mitgliederschwund verstärkte sich, ganze Stadtratsfraktionen traten geschlossen zu den Piraten über.

Da musste dringend eine Medienkampagne her, um die sich nach Aufmerksamkeit sehnen den Linken wieder ins Licht der Scheinwerfer zu rücken.

Die rettende Idee war, etwas zu skandalisieren, was der Linken seit 2009 durch die Beantwortung ihrer Anfrage durch die Bundesregierung bekannt war, dass 27 Abgeordnete ihrer Bundestagsfraktion vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Vergeblich hatten Bodo Ramelow, Petra Pau und Gregor Gysi durch Klagen schon seit Jahren versucht, das Medieninteresse auf dieses Thema zu lenken.

Wobei Gysis Empörung über seine Beobachtung besonders pikant ist, angesichts von hunderten Berichten über den IM Notar, Gregor o.ä. zu seinen Stasiverstrickungen. Gysi berichtete an die Stasi über seine Mandaten, auch Inhalte aus vertraulichen Vieraugengesprächen an unabhörbaren Orten waren dabei. Und jeder der es wagt, das zu sagen, wird per Gericht zum Schweigen verdonnert.

Geglückt ist die Kampagne diesmal, weil sich schnell nützliche Idioten aus anderen Parteien gefunden haben, die ihrem „Entsetzen“ über die Beobachtung ihrer Bundestagskollegen Ausdruck verliehen. Wobei besonders die Einlassungen von Dieter Wiefelspütz und Egon Bahr, beide SPD und Justizministerin Sabine Leuthäuser-Schnarrenberger verwundern. Wiefelspütz hatte als Vorsitzender des Immunitätsausschusses, der mit der Untersuchung von Stasiverstrickungen beschäftigt war, eindeutig festgestellt, dass die Stasimitarbeit von Gysi und anderen Abgeordneten der SED-PDS-Linke-Fraktion erwiesen sei.

Die Frau Justizministerin musste sich erinnern, dass in ihrer ersten Amtszeit, in der 13. Wahlperiode, Gysi und andere Genossen im Untersuchungsausschuss über verschwundenes „DDR-Vermögen“ ihre Aussage verweigert haben, mit der identischen Begründung, sie würden sich „der Gefahr einer Strafverfolgung“ aussetzen, wenn sie ihr Wissen preis gäben. So kurz darf das Gedächtnis von Politikern nicht sein, dass sie solchen Kollegen einen Persilschein ausstellen, zumal Gysi und Genossen sich seither weder zu ihren Stasiverstrickungen bekannt noch zur Aufklärung des nach wie vor verschwundenen größten Teils des DDR und SED-Vermögens beigetragen haben, auch nachdem sie eine Strafverfolgung wegen Verjährung nicht mehr befürchten müssen.

Historisch war es ein großer Fehler nach der Wende, die SED, den Auftraggeber der Stasi für 40 Jahre Diktatur so ungeschoren zu lassen. Man hätte sie auflösen und ihr Vermögen in Höhe von 6 Milliarden und mehr als 1.500 Betrieben einziehen müssen. Mit einem solchen Vermögen im Rücken kann keine andere Partei Deutschlands mithalten. **Stattdessen konnte die mitgliederstarke SED durch mehrmaliges Umbenennen zur → SED/PDS → PDS → zur DIE LINKE mutieren.** Sie ist daher eine klassische Neo-SED. Mit Erfolg konnte sie auch noch die marxistisch-leninistischen DKP (die dem Sowjetkommunismus nachtrauert), die maoistische MLPD und die WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit mit knapp 9.000 Mitgliedern) eingliedern.

Absurd mutet die derzeitige Aufregung zur Beobachtung der LINKEN auch deshalb an, weil so getan wird, als würde eine Partei dadurch demokratisch, weil sie in den Bundestag ge-

wählt wurde. Eine Partei ist nicht dadurch demokratisch, weil sie in demokratischen Wahlen ins Parlament gelangen konnte. Demokratisch kann eine Partei nur sein, wenn sie

- demokratische Ziele verfolgt
- ihr Personal demokratisch agiert
- und sich von Extremisten fern hält.

In allen Punkten ist DIE LINKE als Neo-SED eindeutig nicht demokratisch. Wie auch: Schließlich waren deren Führungspersonal leitende SED-Kader in der DDR-Diktatur. Mit Erfolg schafft es DIE LINKE mit einem „Kümmerer-Image-für die Armen“ das wachsame Auge der demokratischen Öffentlichkeit zu vernebeln. Mit Erfolg wird auch von der Frage abgelenkt, WER Schuld an der SED-Diktatur hat und WER der Auftraggeber der Stasi war. Stattdessen beschäftigt sich die Öffentlichkeit bestenfalls mit der Frage, wer inoffizieller Mitarbeiter der Stasi und wer die Mauerschützen waren. Das ist keine Aufarbeitung der SED-Diktatur, seiner Strukturen und seinem Funktionieren.

Daher ist es ein Skandal, DIE LINKE zu verharmlosen. Nicht, wie Bundesinnenminister Friedrich meint, Teile der Linken, sondern die ganze Partei strebt eine Änderung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung an. Schade nur, dass es hierfür nicht auch einen Sarrazin gibt, der es schafft, auch hier den Finger in die Wunde zu legen.

Fünf entscheidende Punkte warnen dringend, DIE LINKE nicht nur zu beobachten, sondern zu durchschauen:

1. Geistige Wurzeln

Dietmar Bartsch: „Die PDS ist der kommunistischen Tradition in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung verbunden“. Die von beiden Strömungen am Ende des Ersten Weltkrieges gegründete KPD war eine antidemokratische Kaderpartei. Während die SPD nach der Abdankung des Kaisers im November 1918 eine parlamentarische Demokratie errichten wollte, strebte die KPD eine Diktatur des Proletariats an mit Mitteln des bewaffneten Kampfes.

Rosa Luxemburg: „Wenn das Proletariat die Macht ergreift, muss es sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also eine Diktatur (des Proletariats) ausüben“. Freie Wahlen sahen Liebknecht und Luxemburg als ein „Attentat auf die Revolution“.

Liebknecht wollte den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert vor ein Revolutionsgericht stellen.

Oskar Lafontaine 2006: „Liebknecht und Luxemburg stehen für die Inhalte, die die neue linke Kraft im Bundestag vertritt“.

Ernst Thälmann:

Die Thälmannsche KPD sah nicht die NSDAP, sondern die Sozialdemokraten, die als „Sozialfaschisten“ diskreditiert wurden, als Gegner Nr. 1. Sie hinderten angeblich im Auftrag der „Reaktion“ die Arbeiter an einer Revolution. Thälmann beschuldigte die SPD der „treibende Faktor in der Linie der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu sein“, weshalb „der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ein Kampf gegen die Sozialdemokratie sei“.

Die KPD bekämpfte bekämpfte wie die Nationalsozialisten die Weimarer Republik. Auf Wahlplakaten beider Parteien war 1932 zu lesen: „Weg mit diesem System!“ Sogar einen gemeinsamen illegalen Streik der Berliner Verkehrsarbeiter organisierten im November 1932 die Kommunisten mit den Nationalsozialisten.

Die PDS scheute sich nach der Wende, den Thälmann-Kult der DDR weiter zu betreiben. Als 1994 eine Feier anlässlich seines 50. Todestages stattfand, erschien kein einziges Vorstandsmitglied. Thälmanns Tochter verließ darauf hin unter Protest die PDS. Zehn Jahre später, am 60. Todestag, legten die heutige Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau und die heutige Parteivorsitzende Löttsch am Thälmannendenkmal in Berlin Kränze nieder. Pau machte sich überdies für den Erhalt der „Thälmanngedenkstätte“ Ziegenhals stark, ein Betonbau aus den 70er Jahren, der mit der ursprünglichen Tagungsstätte der letzten Sitzung des KPD-Politbüros, die von der DDR abgerissen wurde, nichts mehr zu tun hat.

2. Grundsatzprogramm der LINKEN

Lange verzichtete die Linkspartei auf ein Parteiprogramm. Inzwischen fühlt sie sich stark genug und kam auf ihrem Erfurter Parteitag vom 21. bis 23. Oktober 2011 aus der Deckung mit einem Grundsatzprogramm zum „Systemwechsel“. Das gleicht der Thälmannschen Forderung: „Weg mit dem System!“

Sie fodert „Umwälzungen von revolutionärer Tiefe“. Das sind:

➤ Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse

Sie will Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, die sie Kapitalismus nennt, überwinden; d.h. abschaffen. So steht es in der Präambel. Sogar die Beton-Kommunistin Sahra Wagenknecht lobt das Programm.

Obwohl gerade auch staatliche Banken die Finanzkrise mit verursacht haben, fordert die Linkspartei, Banken und Großbetriebe zu enteignen und zu verstaatlichen. Dulden will die Linkspartei (noch) die Klein- und Mittelbetriebe. Das sei der Weg, so verspricht es DIE LINKE, zu weniger Arbeit mit einer 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

In Wahrheit wollen DIE LINKEN Chaos und Schulden bis zur Geldentwertung. Mittel zum Zweck ist die Taktik, dieses Ziel hinter einem „Kümmerer-Image für die Armen“ zu verstecken. Daher betreibt DIE LINKE eine rigide Sozialdemagogie, mit der sie Deutschland durch Überforderung schwächen will; d.h. sie verspricht bzw. fordert populistisch:

- Weg mit HARTZ IV. Hartz IV ist stattdessen durch eine „bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung für die Armen“ zu ersetzen.
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich
- Pazifismus; hierbei wird vergessen, dass die DDR und andere kommunistische Staaten bis an die Zähne bewaffnet wie jede andere Diktatur in der Welt das eigene Volk unterdrückten.

➤ Richtungs- und Systemwechsel der Politik mit Ziel Kommunismus

DIE LINKE kommt mit ihrer neuen Suche nach Wegen zum Kommunismus hundert Jahre zu spät. Zahlreiche Wege sind bereits gegangen worden. Es waren Wege grausamer Verbrechen mit 70 Mill. Toten im Namen eines ideologisch angekündigten Paradieses auf Erden. Alle Wege zum Kommunismus sind bisher gescheitert, auch ökonomisch.

Für DIE LINKEN sind nur Sozialisten und Kommunisten Demokraten. „Freiheit durch Sozialismus“ heißt ihre Parole. Bereits die SED schminkte ihren Staat als „Deutsche Demo-

kratische Republik“. SED-Chef Walter Ulbricht machte hierbei seinen Genossen klar: „Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“.

Genauso macht es Gregor Gysi. Er sagte am 22.12.2011: „Es kommt übrigens darauf an, wie man eine Idee verpackt. Man muss dabei unbedingt den Zeitgeist beachten, sich ihm in der Form anpassen. Wenn man das tut und beim Inhalt bleibt, begeht man keinen Fehler. Ich achte immer auf den Zeitgeist. Mein Motto ist: Flexibel in der Form, verlässlich im Inhalt“.

Völlig vergessen wird heute, dass bereits LENIN die Sozialdemokraten politisch und physisch buchstäblich ausrotten ließ, soweit sie nicht ins Exil entkommen konnten. Der kommunistische Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie wurde auch von der SED fortgesetzt, indem jeder Sozialdemokrat in der SBZ/DDR nach dem 2. Weltkrieg, der die Zwangsvereinigung mit der KPD nicht mitgemachte, in die ehemaligen KZ's der Nationalsozialisten kam. Das waren Buchenwald, Sachsenhausen etc. Diese KZ's liefen mit unendlich viel Leid, Hunger und Tod bis in die fünfziger Jahre hinein.

Kurz vor dem Ende der DDR wurde wieder Internierungslager für die SED-Gegner geplant. Dank der friedlichen Revolution konnte dies aber nicht mehr realisiert werden.

3. Personal der LINKEN

DIE LINKE ist die mehrmals umbenannte SED und somit eine Neo-SED. Außerdem waren die Mehrzahl ihrer führenden Mitglieder schon Mitglied in der Staatspartei der DDR, der SED. Leute wie Gysi, Bartsch, Claus, Brie, Bisky, Löttsch und viele andere sind seit 1989 in wechselnden leitenden Positionen und beherrschen als SED-geschulte Dialektiker nach wie vor ihr Geschäft der Täuschung mit dem „Kümmerner-Image für die Armen“.

Auch der Unterbau der LINKEN ist nach wie vor von SED- und Stasikadern durchsetzt, was besonders deutlich in Brandenburg ist, wo die Aufarbeitung mit zwanzig Jahren Verspätung erst jetzt beginnt. Die ehemaligen Stasileute sind so wichtig für die Partei, dass vor deren Organisation ISOR immer wieder LINKE-Politiker wie Gesine Löttsch (Parteichefin), Gregor Gysi und auch Dietmar Bartsch auftreten.

Gysi war letzter Parteichef der SED, er ist politisch verantwortlich für das Verschwinden von DDR-, und Parteivermögen in Höhe von geschätzten 12 Milliarden Euro (Geld und Immobilien). Die beteiligten SED-PDS-Linke Politiker haben vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss ihr Wissen über das Verschieben von Milliardenbeträgen bis heute nicht offenbart.

Gysi hat zudem die Vernichtung großer Teile der Aktenbestände der SED angeordnet. Mehrere Untersuchungsausschüsse des Bundestages haben sich mit dem Finanzgebaren und den Stasiverstrickungen von Gysi und Genossen beschäftigt. Die Ergebnisse sind in umfangreichen Berichten festgehalten und in der Bundestagsbibliothek nachzulesen. Bis heute halten alle Beteiligten an ihrer Verweigerung der Aufklärung fest.

Laut Gauck-Behörde ist Gysi belastet. Doch jeder, der ihn diesbezüglich beim Namen nennt, wird mit Erfolg in diesem Land von ihm verklagt. Das ist kein Opfer-, sondern Täterschutz.

Er tat sich übrigens bei den Plagiatsvorwürfen gegen Karl-Theodor zu Guttenberg besonders hervor und sagte: "Guttenberg hätte sagen müssen, wie es dazu gekommen ist und weshalb er diesen Fehler begangen hat". Er selbst beweist aber laufend, kein Kritiker der SED zu sein. In seiner Dissertation von 1975 preist Gysi das sozialistische Recht an: "Die sozialistische Rechtswissenschaft ist parteilich und klassenbewusst." Das Rechtssystem der Bundesrepublik sei ein "Ausdruck der Schwäche des Imperialismus" und "Ausdruck der noch vor-

handenen Kraftreserven des Imperialismus. Diese Kraftreserven gilt es zu überwinden, damit die 'Scheindemokratie' BRD verschwinde". Seine Dissertation erweist sich als Meisterwerk kommunistischer Kampfprosa.

Heute kritisiert Gysi u.a. das Prinzip der Gewaltenteilung, ebenso das Bundesverfassungsgericht mit der Begründung, dass es den Bundestag mit seiner im Grundgesetz verankerten Unabhängigkeit entmachten würde. Zugleich nutzt er das Bundesverfassungsgericht, wenn es um das Schweigenmüssen (Schutz der Persönlichkeitsrechte) zu seiner Stasivergangenheit geht.

Lothar Bisky, ehemaliger Parteichef, sagte während des sogenannten Vereinigungsparteitages von WASG und PDS noch offen: "Ich sage das Euch hier zum Mitschreiben: „Wir wollen den Systemwechsel“.

Oskar Lafontaine: Er hat die SPD verraten, war gegen die Wiedervereinigung und immer wieder gern gesehener Gast bei Erich Honnecker (auch ein Saarländer).

4. Haltung der LINKEN zum Extremismus

DIE LINKE = Neo-SED hat in den letzten 20 Jahren die Putschisten in Moskau unterstützt, den serbischen Diktator Milosevic', den kubanischen Diktator Castro, um nur einige zu nennen. Sie ist auch Heimat für mehrere extremistische Gruppierungen:

- Die kommunistische Plattform
- Die sozialistischen Linken
- Das marxistische Forum
- Der Geraer Dialog
- Cuba Si (ist eine AG der Partei DIE LINKE)

Diese Gruppen predigen genau wie die Mutterpartei den „Systemwechsel“, nur radikaler.

Dietmar Bartsch 2006: „Ich freue mich, dass wir eine Kommunistische Plattform haben und dass es auch radikale Linke bei uns gibt.“

Die Kommunistische Plattform wurde von der Partei 2008 offiziell als bundesweiter Zusammenschluss anerkannt.

Die Parteivorsitzende Löttsch besuchte im vergangenen Jahr eine Konferenz der linksextremistischen „Jungen Welt“, wo sie einen Vortrag über „Wege zum Kommunismus“ hielt. Anschließend sollte sie, gemeinsam mit Fraktionskollegin Ulla Jelpke, mit der RAF-Terroristin Inge Vieth diskutieren.

Am Rande dieser Konferenz wurden ehemalige politische Gefangene der DDR, die gegen Löttschs „Wege zum Kommunismus“ protestieren wollten, von zum Teil verummten Linksextremisten krankenhaushausreif geschlagen. Die Täter flüchteten in die Konferenz, wo sich Frau Löttsch befand. Die LINKE-Chefin hat sich bis heute nicht von den Schlägern distanziert. An einer Aktuellen Stunde des Bundestages zu den Vorgängen nahm sie nicht teil.

Auch danach unterstütze DIE LINKE die „Junge Welt“ noch mit Anzeigen.

Am 13. August 2011 titelte das Blatt ein „Danke“ für 28 Jahre Mauer. Wegen des negativen Medien-Echos ordnete Fraktionschef Gysi an, die Zeitung fortan nicht mehr durch Annoncen zu unterstützen. Kurz darauf schalteten Fraktionsmitglied Dieter Dehm und andere eine Annonce: „Wir brauchen dieses widerstandsfähige Blatt“.

Beim diesjährigen Gedenkmarsch für Luxemburg und Liebknecht, an dem traditionell die gesamte Parteispitze der Linken teilnimmt, marschierte auch ein Gruppe Extremisten mit Stalin- Bildern mit. Auf dem Sozialistenfriedhof angekommen attackierten diese Extremisten mit „Stalin! Stalin!“- Rufen das Denkmal für die Opfer des Stalinismus. In der offiziellen Verlautbarung der Veranstalter wurde dieser Vorfall verschwiegen. Es hieß stattdessen, alles sei friedlich gewesen. Die Berliner BZ berichtete als Einzige mit Fotos. Die Linke hat sich bis heute nicht von ihren Mitdemonstranten distanziert.

5. Haltung der LINKEN zur Geschichte

Bislang hat sich DIE LINKE weder intellektuell noch moralisch klar von der SED und damit von ihren eigenen Wurzeln distanziert.

DIE LINKE fordert: "Schwamm drüber!" oder "Mal muss auch Schluss sein!"

Niemals darf das geschehen.

Es ist nicht vorbei. Im Gegenteil; wenn das geschieht, werden die SED-Verbrechen amnestiert und die Täter können wieder ungehindert an Ihrem Ziel Kommunismus arbeiten. Das erste was Kommunisten bei Machterhalt wieder tun ist, ihre Gegner zu kriminalisieren, mundtot zu machen und einzusperren.

So war im Frühjahr 2010 in der Welt zu lesen, dass zwei hochrangige ehemalige Stasi-Offiziere ein neues Buch «Fragen an das MfS» über den DDR-Spitzelapparat veröffentlicht haben. Beide Autoren, Werner Großmann und Wolfgang Schwantz waren in der DDR zuletzt Stellvertreter von Stasi-Minister Erich Mielke.

- In diesem Buch verbiegen die ehemaligen Stasi-Offiziere in unverantwortlicher Weise nicht nur historische Wahrheiten, sondern tragen mit ihren unverdrossenen Lügen dazu bei, die DDR und seine SED-Diktatur ungestraft zu verherrlichen.
- Schmerzlich ist mit ansehen zu müssen, wie diese SED-Verbrecher mittlerweile auch die SED-Opfer als Gesetzesbrecher abstempeln können, ohne dass ein Staatsanwalt dagegen vorgeht.
- Wenn solche Leute als Täter hohe Renten/Pensionen bekommen (sie haben ja mehr verdient als der normale Bürger) und zugleich ungehemmt an der Zersetzung dieses Staates arbeiten können, ist das eine Gefahr für die Demokratie.

FAZIT

Den Opfern des SED-Terrors aber auch zur Wahrung der Demokratie sind wir es schuldig aufzuklären, was in der SED-Diktatur war und deren Täter, wo immer es geht, zur Verantwortung zu ziehen. Doch Gysi und Co. verklagen stattdessen jeden, der Ihnen eine Nähe zum SED-Regime unterstellt. Niemand will es gewesen sein.

Linksextremisten müssen im Gegensatz zu Rechtsextremisten mit ihrer politischen Ästhetik nicht hinter dem Berg halten.

URSACHE: Es fehlt hier der Straftatbestand Propaganda- und Symboldelikt.

Das mindeste also ist: DIE LINKEN müssen beobachtet und durchschaut werden !!